

579

**Unterredung Bundeskanzler Schober mit  
tschechoslowakischem Außenminister Beneš**

Aufzeichnung (streng vertraulich)

AdR, NPA  
Ungarn 9/8  
Z. 4846/Präs.

Hainburg, 23. September 1921

Minister des Aeussern, Dr. Beneš teilt dem Herrn Bundeskanzler mit, er habe der ungarischen Regierung seine an die Entente gerichtete Note zur Kenntnis gebracht und beigefügt, dass er noch acht Tage zuwarte, dann aber seine Massnahmen treffen werde. Er habe ferner erklärt, dass die Tschechoslowakei kein direktes Interesse am Burgenlande habe, und dass es ihm egal sei, was die Grossmächte tun, die Tschechoslowakei könne aber in ihrer Nachbarschaft die Fortdauer eines solchen Zustandes nicht dulden. Sie werde, um die Friedensverträge und deren Durchführung zu sichern, wenn es nötig sei, auch marschieren, ohne hiebei irgend ein Sonderziel zu verfolgen und werde auch die mit einer solchen Aktion verbundenen hohen Kosten nicht scheuen, wenn es gilt, dadurch die Friedensverträge zu sichern. Auf diese Mitteilung hin, entsandte die ungarische Regierung den Grafen Szaparyi vorgestern nach Prag, der an Beneš die dezidierte Frage stellte, ob die Tschechoslowakei wirklich marschieren werde. Diese Frage beantwortete Beneš damit, dass er seine Absicht zu marschieren, wiederholte und beifügte, dass auch Pasic, mit dem er das Einvernehmen gepflogen habe, zu derselben Vorgangsweise bereit sei. Er setzte dem Grafen Szaparyi auseinander, dass er wisse, dass die Grossmächte nicht einig seien und dass insbesondere Frankreich und Italien ganz verschiedene Interessen verfolgen. Diesem Umstände sei es zuzuschreiben, dass die Uebergabe Westungarns an Oesterreich nun schon durch nahezu ein Monat verzögert worden sei. Beneš habe der Botschafterkonferenz als Zwangsmassnahmen gegen Ungarn die wirtschaftliche Blockade vorgeschlagen mit einer dreitägigen Frist und der Androhung, dass nach fruchtlosem Verlaufe dieser Frist die Tschechoslowakei marschieren werde. Auch der Entente habe Beneš versichert, nichts für sich zu wollen und alles auf eigene Kosten zu tun. Die Botschafterkonferenz hingegen habe ihrer Meinung dahin Ausdruck gegeben, dass die Blockade keinen Erfolg haben werde und zog in Erwägung, Jugoslawien wieder die Besetzung der Baranya als Zwangsmittel zu gestatten. Beneš ist dagegen, weil er, obwohl Alliierter Jugoslawiens, besorgt, dass die Jugoslawen ein zweites Mal aus der Baranya nicht herauszubringen seien. Der inzwischen von Ungarn gemachte Vorschlag, die Banden selbst hinauszubringen, wurde von der Botschafterkonferenz gleichfalls als indiskutabel abgelehnt. In Parenthese bemerkte Beneš hiebei, dass ihm Szaparyi unumwunden zugestanden habe, dass die ungarische Bandenbewegung von der ungarischen Regierung inszeniert worden sei, dass also, wie Beneš bemerkte, alles, was

die ungarische Regierung offiziell dagegen getan habe, nur eine Komödie sei. Die Botschafterkonferenz erwog sodann, die kleine Entente mit einem Mandat zu betrauen, doch stellte es sich heraus, dass die Italiener dagegen waren, die Franzosen keine eigene Meinung äusserten und die Engländer erklärten, mit der Majorität zu gehen. Die Besetzung der Baranya als Zwangsmittel wurde schliesslich von der Botschafterkonferenz abgelehnt, dagegen beschlossen, dass die hohen Mächte der ungarischen Regierung selbst ihre Mediation antragen, ohne dass über den zu machenden Vorschlag Klarheit herrschte. Auch die Exekutivschritte sind ganz unsicher; eines ist aber bereits sicher, dass die Italiener die Truppen nicht senden wollen, die Franzosen sie nicht schicken können, die Engländer kein Interesse haben. Benes werde daher selbst einschreiten, wenn er durch die moralische Pflicht seinem Lande gegenüber gezwungen ist, auf diese Weise den Frieden zu sichern. Die Bitte Ungarns an Benes bedeutet naturgemäss ein Kompromiss, für dessen Einhaltung die Tschechoslowakei die Garantie übernehmen soll. Benes liess die ungarische Regierung nicht darüber im Zweifel, dass er fair play erwarte und keine neue Komödie dulden werde, sondern in einem solchen Falle rücksichtslos (*sine misericordia*) einschreiten wolle. Nun frage es sich, was ist die Basis eines solchen Kompromisses? Nach Ansicht Benes' ist es im Interesse aller drei Staaten und Mitteleuropas gelegen, dass ein Kompromiss zustandekommt. Es wäre im Interesse Oesterreichs und Ungarns und der Tschechoslowakei, den Ententemächten zu zeigen, dass gegenüber der Uneinigkeit der drei Grossmächte die drei Staaten sich selber an die friedliche Lösung des Problems gemacht haben. Bedingung sei natürlich die vorherige restlose Erfüllung des Friedensvertrages. Das wollte Ungarn ursprünglich nicht, sieht aber die Notwendigkeit nunmehr unter der Exekutionsdrohung ein. Benes fasst als einzige Kompromissbasis die Stadt Oedenburg und deren allernächste Umgebung auf. Einen weiteren ungarischen Wunsch nach einer grösseren Grenzregulierung im Süden, lehnte er rundweg ab. Benes betonte, dass er die Ungarn dahin verständigen lasse, er werde der österreichischen Regierung noch keinen Vorschlag, sondern nur eine Mitteilung machen. Szaparyi kam heute früh wieder nach Pressburg und hat neuerlich die Bitte Banffys um Intervention bei der österreichischen Regierung wiederholt. Die Grossmächte haben gestern in Budapest eine Note überreicht, die ultimaturnähnlich ist, aber auch die Mediation der Grossmächte anträgt. Benes habe die Ungarn verständigt, dass er sich natürlich, wenn die Ungarn die Mediation der Grossmächte erbitten, sofort zurückziehe, jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass die Grossmächte uneins seien und nicht handeln können.

Der Herr Bundeskanzler hat nun Benes über die Situation mit kurzen Strichen unter Hervorhebung der markantesten Punkte der Entwicklung der westungarischen Angelegenheit aufgeklärt und ihm auseinandergesetzt, dass die Besorgnisse Ungarns von einer Hintergehung seitens Oesterreich wohl nur das Produkt der ungarischen Auffassung von den bei politischen Verhandlungen üblichen Praktiken seien und dass der Herr Bundeskanzler Benes' Anregungen bzw. Mitteilungen nur zur Kenntnis nehmen könne, um dem Ausschusse hierüber zu berichten, dass aber eine Bevollmächtigung seitens des österreichischen Ausschusses noch nicht vorliege und er daher

erst morgen eine Antwort erteilen könne. Unverbindlich kam vorbehaltlich der Schlussfassung des österreichischen Ausschusses eine Einigung dahin zustande, dass die sofortige Räumung, aber auch von den Banden, binnen einer kurzen, maximale bis zu acht Tagen zu bemessenden Frist und die prinzipielle Anerkennung der österreichischen Schadenersatzansprüche für alle, aus der verzögerten Uebergabe entstandenen Schäden und Nachteile zu fordern wären. Die notwendigen Verhandlungen würden am besten zwischen Banffy und dem Herrn Bundeskanzler direkt geführt werden und die formelle Uebergabe hätte natürlich an die Generalsmission und von dieser an Oesterreich nach einem neuen auch von Oesterreich zu genehmigenden plan de transfer zu erfolgen.

Minister Benes schloss die Besprechung mit der Versicherung, er werde die Ungarn gleich dahin verständigen, dass, falls sie nicht das Uebereinkommen vollkommen strikte einhalten, er sofort mit Repressalien einsetzen werde.

## 580

### Gesandtschaft Prag an Bundesministerium für Äußeres

Telegramm Nr. 21 (Chiffre)

AdR, NPA  
Ungarn 9/8  
Z. 4922/1 B

Prag, 26. September 1921

Nachtrag zum Chiffretelegramm No. 30 vom 25. September. Inhalt dortigen Chiffretelegrammes No. 43 Minister Benesch vor zwei Uhr persönlich zur Kenntnis gebracht. Er begreife Misstrauen unseres auswärtigen Ausschusses, da Erfahrung lehre, dass man mit Ungarn nur gegen sichere Garantien verhandeln könne. Er wisse aus ungarischer Quelle positiv, dass Bandenbewegung ungarische Regierung allein angezettelt habe und alimentiere. Er stimme mit ruhiger und konsequenter Politik des Herrn Bundeskanzlers überein. Dr. Benesch ist bereit, Garantien für Einhaltung zu treffender Abmachungen zu übernehmen. Seiner Meinung nach würde blosse Androhung der Sperre von Post, Telephon, Telegraph und der Sichtvermerke genügen, um Ungarn gefügig zu machen. Während unserer Konversation traf Telegramm tschechoslowakischen Gesandten in Budapest ein, das mir Dr. Benesch vorlas. Der Gesandte drahtet Dank ungarischer Regierung für Mediation, Versicherung, dass Vorschläge Benesch' angenommen werden und Liste der an der Brünner Entrevue in Begleitung Grafen Bánffys teilnehmenden Personen. Dr. Benesch sehr optimistisch und sieht endgiltige Beilegung Konfliktes als sicher an. Er wolle gerne beweisen, dass alle jene Unrecht haben, die ihm Interesse an Uneinigkeit zwischen Oesterreich und Ungarn unterlegen. Schliesslich teilte er mir mit, dass Botschaf-